

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland und Österreich 18,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. Zugleich Schutz-Ausschlag, der Brief für Deutschland und Österreich 20,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin S 2, Breite Straße 64.

Die achtgepostete Kampfbroschüre über den Kampf um die Freiheit, einschließlich Teuerungszuschlag, kleine Anzeigen: Das setzgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Ausländische Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 2,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen das setzgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Schriftführer: Zentrum 2030, 2045, 4510, 4503, 4535, 4549, 4022

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Die Reaktion in Schlesien

### Die Reichswehr rüstet

Wir berichteten bereits über einen Schlachtplan der schlesischen Orgesch für den Kampf gegen die Waldenburger Arbeiterkassette, der von der Polizei bei der Verhaftung eines Angehörigen dieser Geheimorganisation beschlagnahmt wurde und gestiftet dieser aggressiven Charakter dieser ganzen Bewegung offenbart. Auf persönliche Bemühungen des Oberpräsidenten der Provinz Schlesien beim preussischen Minister des Innern sind dann einige Verhaftungen erfolgt. Doch ist diese Maßnahme durchaus skeptisch zu betrachten, vertritt doch der Staatsanwalt die Ansicht, die Orgesch sei nach ihren Sätzen keine Organisation, die gegen die Verordnungen Eberts vom 30. Mai 1920 verstoße. Der Staatsanwalt ist nur der Meinung, daß sich innerhalb der Orgesch eine solche Organisation gebildet haben könne, gegen die einzuschreiten sei.

Die rechtssozialistische Breslauer „Volkswacht“ schreibt dazu: „Entsprechend ihrem Standpunkt denkt die Staatsanwaltschaft nicht daran, bis zum Herde des Verbrechens vorzustoßen. Statt die Breslauer Provinzialleitung der Orgesch, die Kohnhof und Konforten am Schop zu fassen, deren Werkzeuge die Waldenburger Verschwörer doch nur sind, sucht man den Kreis der Verfolgten von vornherein möglichst klein zu halten“.

Die Enthüllungen über die Verschwörungspläne der Orgesch haben die schlesische Bergarbeiterkassette begreiflicherweise in die höchste Aufregung versetzt, die umso begründeter erscheint, da offenbar auch die Reichswehr mit diesem Verbrechen im Bunde steht. Die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ veröffentlicht jetzt einen Erlaß des Reichswehrgruppenkommandos, der Anweisungen zu „Vorbereitungen zur Unterbindung innerer Unruhen“ gibt. In diesen „allgemeinen“ Anordnungen wird zunächst der „Einsatz einer ausreichend starken Truppenmacht“ gefordert. Unter 1c heißt es:

Der Führer trägt persönlich die Verantwortung für die Durchführung des ihm erteilten Befehls. Stößt er hierbei auf

Widerstand, so ist er zu rücksichtslosem Gebrauch der ihm anvertrauten Machtmittel verpflichtet, bis der Zweck erreicht ist. Sofern nicht Abweichungen ausdrücklich empfohlen sind, dürfen Verhandlungen nur durch Offiziere, vom Brigadefeldkommandeur aufwärts, geführt werden. Verhandlungen dienen meist nur den Zwecken des Gegners.“

Weiter wird unter 1a ausgeführt: „Scheitern sind selbstergreifend, besondere Verfügung erfolgt.“ Und unter 2: Der Ausbau des Nachrichtensystems der Wehrverbände der höheren Stäbe muß unauffällig vorbereitet sein.“ Absatz 3 regelt die Verpflegung der kämpfenden Reichswehrruppen und bestimmt, daß in allen Provinzialstädten des Korpsbereiches für die gesamten Garnisonen mindestens ein 14tägiger Verpflegungsbedarf lagert.“

Diese Verfügung atmet ganz den Geist der berüchtigten Lüttwilerklasse, die seit dem November 1918 in betrübend großer Zahl zum blutigen Kampf gegen die Arbeiterkassette ergangen sind. Die Verfügung läßt dem Unterführer den größten Spielraum zur willkürlichen Auslegung, sie ebnet dem Arbeitermord die Bahn und gibt den Tätern die Möglichkeit sich hinter ihrem höheren Vorgesetzten zu verchanzen.

Wozu aber überhaupt diese ganzen Vorbereitungen des Gruppenkommandos? Und gerade zur selben Zeit, da auch die Orgesch zu einem gewaltigen Vorgehen gegen die Arbeiterkassette rüstet? Was wird in Schlesien geplant? Offenbar treibt man hier ein verbrecherisches Spiel, und es wäre dringendste Pflicht der preussischen und der Reichsregierung, hier sofort und gründlich einzugreifen, wenn sie ihre demokratischen Pflichten erfüllen wollte. Vom Reichswehrministerium muß ebenfalls energisches Vorgehen gegen den Kommandeur des Reichswehrgruppenkommandos sowie Aufhebung der erlassenen Befehle verlangt werden. Die Verantwortung für alle etwaigen Vorkommnisse in Schlesien tragen allein die Regierungen des Reiches und Preußens.

daß die werktätige Bevölkerung vom Staat bis aufs Hemd ausgeplündert wird, während die Besitzenden sorgfältig geschont werden, ist auch die politische Reaktion immer frecher geworden, hat die Drangsalierung der Arbeiterklasse durch die Justiz immer schärfere Formen angenommen. Auch der Widerbogen der Deutschen Volkspartei kann deshalb auf denkende Arbeiter keinen Eindruck machen. Sie werden am Wahltage den reaktionären Parteien den verdienten Denkzettel geben und Männer ihres Vertrauens, die Kandidaten der Unabhängigen Sozialdemokratie in den Preussischen Landtag schicken!

### Die Abstimmung in Oberschlesien

#### Noch kein Termin

Von interalliiertem Seite wird aus Oppeln mitgeteilt, daß eine Verlängerung der Fristen, die im Abstimmungsreglement vorgesehen sind, nicht zu erwarten ist. Das vorliegende Abstimmungsreglement, so wird erklärt, ist unabänderlich. Ebenso ist unzutreffend, daß die Abstimmung am 13. März stattfinden soll. Der Vorschlagsrat in Paris wird den Termin festlegen. Dieser wird von Oppeln aus bekanntgegeben, ehe die französische Presse ihn erhält.

### Litauen und Polen

Die Litauische Telegraphenagentur meldet aus Kowno: Am Montag fand die Wiedereröffnung der Litauischen Nationalversammlung nach 2½monatiger Unterbrechung der Tagung statt. Außenminister Dr. Burdick, gab in seiner Erklärung bekannt, daß die litauische Regierung der Volksabstimmung grundsätzlich zugestimmt habe. Litauen müsse aber die Möglichkeit gegeben werden, unter den gleichen Bedingungen zu stimmen wie Polen.

### Das Elend der österreichischen Kinder

„Daily Chronicle“ erhält von ihrem Wiener Berichterstatter eine Statistik über die Notlage der österreichischen Kinder. Es werden darin auch Zahlen über die in dreizehn verschiedenen Ländern aufgenommenen unterernährten Kinder gegeben. Die Zahl der in fremden Ländern aufgenommenen Kinder beträgt danach insgesamt 123 472 Kinder, wovon entfallen: Schweiz 34 105, Holland 28 230, Deutschland 17 627, Dänemark 12 670, Tschechoslowakei 11 601, Schweden 7556, Italien 5568, Norwegen 2884, Südslawien 1501, England 1040, Rumänien 938, Luxemburg 350, Belgien 320, Spanien 98, Frankreich 50, Polen 30.

Beamtenstreik in Madrid. Seit einigen Tagen streiken in Madrid die Beamten des Finanzministeriums. Dieser Streik hat sich auf die anderen Ministerien ausgebreitet. Der Ministerrat steht die Lage als ernst an. Dato verkündet, energisch vorzugehen und die Disziplin wieder herzustellen.

## Agrarfrage und Landagitation

Von Dr. Wilhelm Grunach

Mit Recht wird in allen Besprechungen über die Wahl-agitation auf die Wichtigkeit der Landagitation hingewiesen, nicht etwa, weil wir bloß darauf sehen, auf dem Lande recht viel Wahlstimmen zu bekommen, sondern weil die Wahl-agitation die letzte Gelegenheit bietet, auf dem Lande Mitstreiter, Revolutionäre zu gewinnen. Und das ist nötig, denn auf dem Lande ist der Sitz der Reaktion, das Land ist der Lagerplatz der Waffen, vom Lande wird, wenn das überhaupt noch nötig ist, die Gegenrevolution ausgehen.

Wir müssen also ein Agrarprogramm haben,“ ist bei den meisten Genossen die Folgerung aus dieser Einsicht. Und so erscheinen denn immer mehr Vorschläge zum Agrarprogramm, und das Studium solcher Broschüren wird den Landagitatoren als Material zur Vorbereitung und als Referenten-Material empfohlen.

Ist dieser Weg, die Landagitation vorzubereiten resp. zu behandeln, der richtige?

Alle Agrarprogramme und Broschüren darüber von den Agrarhelfern der III. Internationale über alle Vorschläge Unabhängiger hinweg bis zum Entwurf der Rechtssozialisten enthalten weiter nichts als die Ausmalung desjenigen Zustandes, den die Parteien nach dem Siege des Proletariats zu schaffen beabsichtigen, und den Hinweis darauf, um wieviel besser sich diese oder jene ländliche Klasse dann stellen werde. Das Ziel, meint man also, soll sie begeistern und zu Kämpfen für die Umwälzung machen.

Es ist in dieser Angelegenheit wieder einmal, als hätten wir die Erfahrungen der Geschichte des Sozialismus vergessen. Warum haben die Phantastengebilde einer St. Simon, Fourier, Owen, Bellamy, selbst eines so genialen Agitators wie Weitling keinen nachhaltigen Einfluß auf die Arbeiterklasse ausgeübt, wohl aber die durchaus nüchternen Untersuchungen von Marx und Engels, welche sich von jeder Phantastie fernhielten, die Phantastengebilde der Utopisten sogar verspotteten und das Ziel nur in allgemeinen Umrissen angaben? Weil sie einsahen, daß nicht Phantasien, und wenn sie noch so schön sind, eine unterdrückte Klasse revolutionär machen, sondern die Erkenntnis ihrer Klassenlage. Sie zeigten der Arbeiterklasse, daß es im Wesen des Kapitalismus liegt, sich eine Klasse von Lohnflaven zu schaffen und zu erhalten, und daß deshalb diese Lohnflaverie nur mit dem Kapitalismus verschwinden könne, sie erwiesen also die Revolution als ureigenstes Lebenserfordernis der Arbeiterklasse.

Man lerne hieraus für die Landagitation zwei Dinge.

Erstens: Man wende sich mit seiner Agitation nicht an Klassen, denen die sozialistische Revolution nicht ureigenstes Lebenserfordernis ist, wie Marx und Engels sich nur an die Arbeiter gewendet haben und nicht an die Handwerker. Noch so lockende Bilder von Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage im sozialistischen Staate werden die Klasse der nicht selbst auf Einkommen aus Lohnarbeiten angewiesenen kleinen Landbesitzer, der Kleinbauern, nicht dazu bringen, aktiv für die sozialistische Revolution zu wirken. Ihre Klassenlage ist eben im Kapitalismus keine verzweifelte wie die der Arbeiter. Auch die in der industriellen Sphäre sicher richtige Lehre von dem naturnotwendigen Untergang des Kleinbetriebs wird sie ebenso wenig überzeugen wie die Handwerker. Und diese Lehre ist für die Landwirtschaft noch nicht einmal richtig, denn das in der industriellen Sphäre in dieser Richtung wirkende Moment der Konkurrenz des Großen gegen den Kleinen gibt es in der Landwirtschaft nicht. Auf ihre Gewinnung für die Revolution ist keine Aussicht. Das einzige, was man erreichen könnte, wäre die Einsicht, daß ihr Klasseninteresse die Erhaltung des Kapitalismus nicht erfordert, also Neutralisation.

Unsere ganze Hoffnung können und müssen nur die eigentlichen Landproletarier, die Landarbeiter, sein und derjenige Teil der Halbproletarier, der Parzellenbauern, welcher wegen zu geringen Landbesitzes stark auf Einkommen aus Lohnarbeit angewiesen ist.

Zweitens: Man suche den Landarbeiter nicht dadurch zu gewinnen, daß man ihm den Zustand nach dem Siege des Proletariats ausmalt und ihm schildert, um wieviel besser er es haben werde — diese Bilder vergiftet er doch bald wieder —, sondern man suche ihn von der Notwendigkeit der Umwälzung zu überzeugen durch Darstellung seiner Klassenlage in marxistischem Sinne. Ihr Elend rühre nicht her von Taten und Unterlassungsünden des einzelnen landwirtschaftlichen Unternehmers, die ja allerdings auch häufig vorkommen, sondern von dem System des Privateigentums an Land, welches eine Klasse von ewigen Lohnarbeitern erfordert. Der Eigentümer des Bodens sei natürlich geneigt und mitunter sogar gezwungen, möglichst viel aus dem Boden und aus dem Lohnflaven herauszuholen, also ihn möglichst zu drücken. Weder größere oder geringere Humanität des Unternehmers, noch Gewinnbeteiligung des Arbeiters, noch endlich Pacht oder Eigentum eines Stückchens Land könne an dem System, mithin auch an der Lohnflaverie irgend etwas Wesentliches ändern. Eine

## Wahlpropaganda für Kinder

Die Deutschnationalen für die monarchische „Herrlichkeit“ — Die Stinnespartei verbreitet Bilderbogen

Die Deutschnationalen scheinen die preussischen Wähler für Kinder zu halten, denen man nur mit den dümmsten Methoden belohnen könne. Sie lassen durch Schulkinder ein Flugblatt verbreiten, in dem alle „Herrlichkeiten“ der vergangenen Zeit geschildert und die Wähler aufgefordert werden, die alten Verhältnisse wiederherzustellen. Es wird darin erzählt, daß sich heute ein Präsident „aus dem Geschlechte der Gevatter Schneider und Handschuhmacher“ breitmache, wo früher Hohenzollern, Hohenzollern, Wittelsbacher und alle die anderen „ruhmvollen“ Herrscher throneten. Ehedem übte die deutsche Jugend in spanischer Einfachheit und Sittenstrenge die Wehrpflicht, geführt von Offizieren, um die uns die Menschheit beneidet“. Früher sei das Militär am Schlosse vorbeimarschiert und aus dem „historischen Esenstier“ habe der Kaiser leuchtigen Gruß und Dank gegeben. Ein sonniger Glanz habe über den Erinnerungen aus unserer Soldatenzeit gelegen. „Wie kamen wir in Kleidern, buntem Tuch so frisch und flott daher, jeder Soll ein Eroberer und von den verliebten Vätern der Mädchen angekränelt“, so wird uns erzählt. Und erst die Kriegserinnerungen: „Der letzte Appell an den großen Allierten da droben und dann das todesverachtende, siegesgewaltige Drauflosstürmen: Man an den Feind!“ Unsere Jugend aber sei unsere Zukunft. Es gäbe noch eine deutschnationale Volkspartei, die einzige Hüterin einer großen Vergangenheit, die einzige Hoffnung einer großen Zukunft.

Die zwei Millionen deutschen Kriegswaisen, die Hunderttausende von Krüppeln, die unzähligen Kriegswaisen, die Verelendung des deutschen Proletariats, die Verwüstung des ganzen Volkstums an Leib und Seele: das sind die wahren Zeugnisse der einstigen „Herrlichkeit“. Die Deutschnationalen haben aber nicht genug an dem Unheil, das die Hohenzollern und ihre Sippschaft über das deutsche Volk und über die Welt herbeigeführt haben. Sie wollen die alten Zustände wiederherstellen, sie wollen, daß das jetzige Elend sich in graußer Verwüstung noch einmal wiederhole. Es ist klar, daß die Deutschnationalen mit ihren Wünschen lediglich bei wirklichen oder bei politischen Kindern Beifall finden werden. Die Arbeiterklasse gedenkt nur mit einem Fluch der vergangenen Zeit. Sie will eine neue Epoche menschlicher Geschichte beginnen und darin wird für die deutschnationale „Herrlichkeit“ kein Platz sein.

Auf ähnlich hohem Niveau steht ein Bilderbogen, den die deutsche Volkspartei zu den Wahlen verbreitet. Herr C. wird darin als der große Mann gefeiert, der mit den C. den ersten Schritt zur Ordnung geschaffen habe. Wenn das deutsche Volk sich wieder zu bessern beginne, so sei es der Deutschen Volkspartei zu danken, die Fachmänner in die Regierung gestellt habe. Wie es mit der Besserung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse beschaffen ist, seitdem die Volkspartei mit in der Regierung sitzt, davon können die Arbeiter ein Lied singen. Nicht nur, daß ihre Verelendung immer größer geworden ist,

Beseitigung der Lohnlaverei sei deshalb nur möglich durch Beseitigung des Systems des Privateigentums, durch Ueberführung des Bodens in das Eigentum der ganzen Gesellschaft, die ihn von den organisierten, dann erst freien Landarbeitern zum allgemeinen Wohl bearbeiten läßt.

Wird der Landarbeiter Einzelheiten über sozialistische Verwaltung eines Gutes erfahren, so kann man ihm das am System der Güter klar machen. Der weitere Aufbau, Bezirks-, Kreis-, Provinzialräte, werden ihn nicht interessieren. Ebenso wenig wird es ihn interessieren, ob wir aus volkswirtschaftlichen Gründen sozialisieren müssen und können, ob wir nur die Großen enteignen oder alle Ausbeuter von Arbeitskraft, ob wir mit oder ohne Entschädigung enteignen, was mit den Bauern geschehen soll, lauter Fragen, welche neben dem Zukunftsabild den einzigen Inhalt unserer Broschüren über die Agrarfrage bilden.

Der oben dargelegte einfache Gedankengang ist selbst von ungebildeten Landarbeitern zu fassen, wird sie interessieren und überzeugen, wie er die Industriearbeiter überzeugt hat. Er muß nur in einer einfachen Sprache und vor allem aus warmem Herzen heraus dargestellt werden. Flugblätter dürfen nicht langatmig, nicht mit Fremdwörtern gespickt sein, sondern in kurzen kräftigen Sätzen, vielleicht in Frage und Antwort, das ureigenste Klasseninteresse des Landarbeiters behandeln.

## Die Wiedergutmachung

Die bisherigen Leistungen Deutschlands

Die deutsche Regierung gibt eine Denkschrift heraus, in der die bisherigen Leistungen aus dem Friedensvertrag aufgeführt werden. Diese Denkschrift soll offenbar den Beratungen des Obersten Rates der Alliierten, die am nächsten Montag in Paris ihren Anfang nehmen, als Grundlage dienen. Neben der orientalischen Frage werden die Entwaffnung Deutschlands und die Wiedergutmachung den Obersten Rat beschäftigen. Die deutsche Denkschrift sagt nun, daß die bisherigen Leistungen den Wert von 21 Milliarden Goldmark übersteigen. In der ersten Gruppe werden die Leistungen an industriellen Erzeugnissen aufgeführt: sie betragen insgesamt 10 300 041 259 M. Den Hauptposten stellt die Handelsflotte mit über 7 Milliarden Mark. In der zweiten Gruppe werden die Saargruben und das Reichs- und Einzeligentum in den abgetretenen Gebieten aufgeführt. Ihr Wert ist mit 6 130 291 267 Mark angegeben. Die dritte Gruppe enthält die Ausgaben, die Deutschland als Gegenwert aus den ersten 20 Milliarden seiner Leistungen vergütet werden sollen. Dazu gehört die Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen und die Kosten für die Besatzungstruppen. Ihre Gesamtsumme beträgt 2 790 464 046 Mark. Nach dem Kursstande der Papiermark würden nach dieser Aufstellung also die bisherigen Leistungen etwa 220 Milliarden Papiermark betragen.

## Die Steuermoral der Schwerindustrie

Angst vor der Wahrheit

Die „Sächsische Industrie“, das amtliche Organ des Verbandes Sächsischer Industrieller, veröffentlicht vor kurzem folgende Notiz:

„Durch die Tagespresse ging in letzter Zeit die Notiz, daß vom Reichsfinanzminister eine Verfügung erlassen worden ist, wonach diejenigen Steuerbeamten, die bei den Steuerzahlern irgendwelche absichtlich oder unabsichtlich nicht angegebene Einkünfte oder Verleihen ausfinden, eine Belohnung gewährt werden soll und daß bisher zehn Millionen Mark bereitgestellt worden seien. Die Verfügung soll nun aber sogar noch überboten werden dadurch, daß auch Zivilpersonen für derartige Anzeigen Belohnungen in Aussicht gestellt werden. Auf Grund unserer Informationen haben wir uns sofort an die zuständige Stelle gewandt und schärfsten Protest eingereicht, sowie auf die verhängnisvollen Wirkungen und moralischen Schädigungen (!) hingewiesen, die derartige Verfügungen zur Folge haben müßten, namentlich in einer Zeit, wo die Moral im Volke ohnehin sehr bedenklich ins Wanken gekommen ist.“

Aus diesem Prolekt blüht schlecht verhillt die außerordentliche Angst der Kapitalisten vor der Besteuerung ihrer Riesengewinne hervor. Sie, die sich gegebenenfalls Reichswehr und Sippschützen lassen, wenn es gilt, den zehnprozentigen Lohnabzug von den Arbeitern und Angestellten zu erheben, wenden alle Mittel an, wenn es gilt, den Staat um seinen Anteil an ihren Milliarden zu be-

tragen. Offenbar sehen sie in die Richtung ihrer Vermögensdeklarationen selbst nur sehr geringes Vertrauen, da sie so große Angst vor einer Kontrolle befehlen. Der Hinweis auf die „ins Wanken geratene Moral des Volkes“ dient bei diesen Leuten bekanntlich immer dazu, das Interesse von der fehlenden eigenen abzuwenden.

Dieser Protest der Industriellen, der vermutlich mehr Beachtung finden wird als irgendwelche Proteste des Proletariats, weist aber wieder auf die dringende Notwendigkeit hin, den Betriebsräten viel umfassendere Vollmachten zu geben, die ihnen die Möglichkeit der unbeschränkten Kontrolle über sämtliche Vorgänge des Betriebes gibt.

## Die Pfände der Geistlichen

Daß die Rechtssozialisten der Erhöhung der Pfarrergehälter zugestimmt haben, ist unklar, schreibt der „Vorwärts“ vom letzten Sonntag. Drei Wochen vorher hat er dasselbe schon einmal geschrieben. Wir stellen also noch einmal fest: Am 17. Dezember sind in der Landesversammlung zwei Gesetze beschlossen worden, denen die Rechtssozialisten zugestimmt haben. Nach diesen Gesetzen erhält die evangelische Landeskirche 100,2 Millionen, die katholische Kirche 41,5 Millionen für die Pfarrgehälter. (Drucksache 3893-3894.)

Außerdem sind im Hauptauschuß die Bischofsgehälter anlässlich der Etatsberatung erhöht worden, darüber haben die Rechtssozialisten am 14. Januar 1921 namentliche Abstimmung beantragt, eine Folge der Aufzögerung unserer Redner, gegenüber der Sabotage der Rechten die gleichen Mittel anzuwenden.

Punkt 5 der Tagesordnung der 200. Sitzung sagt darüber: Namentliche Abstimmungen über die Anträge des Hauptausschusses zum Unterrichtshaushalt und zwar:

- a) über die Erhöhung der Dienstaufwandsentschädigung der Generalsuperintendenten und Superintendenten — Druck Nr. 3530 zu B 4a, 4069;
- b) über die Erhöhung der Fonds zu Unterstufungen an Geistliche usw. (Kap. 110 Tit. 4 bis 6 und 8) — Druck Nr. 3530 zu B 4b;
- c) über die Zahlung der Besoldungserhöhungen für katholische Geistliche — Druck Nr. 3530 zu D 3a;
- d) über die Erhöhung des Kap. 116a und die Zahlung der Erhöhung an den altkatholischen Bischof — Druck Nr. 3530 zu D 3b;
- e) über die Erhöhung des Gehalts des Dompfarrers und der drei Domkapläne in Fulda — Druck Nr. 3530 zu D 3c;
- f) über die Anträge auf Druck Nr. 3949 zu H 3a bis 7 und zu 4;
- g) über die Anträge auf Druck Nr. 3950 zu J und M, 4050, 4070.

Wir erkennen gerne den Fortschritt der Rechtssozialisten vom 17. Dezember bis zum 14. Januar an. Am 14. Januar konnte die Erhöhung der leichten Positionen nicht beschlossen werden, weil bei den Abstimmungen die Linke geschlossen mit denselben Mitteln das Haus beschlußfähig machte, wie das die Rechte beim Domänengesetz getan hatte. Die beiden Gesetze mit der 141-Millionen-Forderung für Geistliche bleiben dadurch aber bestehen, denn sie sind ja schon am 17. Dezember in 3. Lesung verabschiedet worden, und zwar mit Zustimmung der Rechtssozialisten.

## Die Lebenshaltung des deutschen Arbeiters

Ein englischer Schriftsteller, Lewis Dickinson, Verfasser seiner und menschenfreundlicher Studien und Bücher, berichtet in der englischen Zeitschrift: „The Nation“ (4. Dezember), auf Grund eigener Erfahrungen über die Lage der deutschen Arbeiterklasse.

Er führt aus, daß der Wohlstand eines Landes nur durch den Stand der Lebensführung festzustellen ist und an diesem Maßstab gemessen, ist Deutschlands Lage verzweifelt schlecht. Die deutschen Arbeiter leben in einer furchtbaren Armut. Ihre Löhne stiegen durchschnittlich auf das Sechsfache des Vorkrieges, die Preise aber wenigstens auf das Dreifache. Von diesen Löhnen können sie nicht leben. Eine Familie braucht wenigstens 19 000 Mark, um auskömmlich davon zu leben; nicht einmal 10 Proz. der Berliner Arbeiterklasse bezieht jedoch so hohe Löhne. Unlängst ist eine ganze Menge Spielwaren aus Deutschland nach England eingeführt worden. Die Spielwaren kamen von Thüringen. Ein Bericht aus Thüringen stellt fest, daß in diesem Lande Milch überhaupt nicht zu haben war, nicht einmal für stillende Mütter und Kinder. Zehntausende hatten wochenlang nichts zu essen außer Gemüße. Nach dem Bericht werden eine große Anzahl der Kinder nie mehr gesund

werden. Wenn die Engländer jetzt die Einfuhr der Spielwaren verhindern, wie sie es zu tun beabsichtigen, dann werden die Zustände noch schlimmer.

Dickinson bespricht dann die traurige Lage der Mittellasse, der selbstbedienten Beamten und der wissenschaftlichen Arbeiter. Er warnt davor, daß die deutschen Zustände nach den Berliner Zugspiegeln, Theatern und Konzerten beurteilt werden. Das ist nicht entscheidend. Die Frage ist, wie die Massen leben. Wird man endlich auf diese Stimmen hören? Wenigstens wenn überdies bewiesen wird, daß die wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands auch ihren Interessen zumwiderläuft? Das lateinische Sprichwort sagt: Mit wenig Weisheit wird die Welt regiert.

## Besserung der deutschen Valuta

Im Laufe der vorigen Woche hat sich im Auslande der Markkurs erheblich gebessert, und zu gleicher Zeit ist der Kurs der ausländischen Geldzeichen an den deutschen Börsen gefallen. Ein besonders scharfer Rückgang der Kurse für ausländische Geldsorten vollzog sich am Montag. Es notierten an der Berliner Börse am

10.	11.	12.	13.	14.	15.	17. Januar:
Dollar 72,67	69,93	68,18	69,68	67,80	66,68	62,43
Pfund 264,40	261,20	257,70	259,20	256,95	250,—	231,75

Worauf diese Verschlechterung der ausländischen Dreien zurückzuführen ist, ist mit Sicherheit noch nicht festzustellen.

## Die Wahlen zu den Landwirtschaftskammern

Wahltag der 27. Februar 1921

Die Preussische Landesversammlung hat die Wahlbestimmungen für die Landwirtschaftskammern in einschneidender Weise geändert. Während früher die Wahlen zu den Landwirtschaftskammern durch die Kreisstage oder nach einem statt verlaublichten indirekten Wahlsystem erfolgten, sollen nunmehr die Landwirtschaftskammern unmittelbar durch die landwirtschaftlichen Berufsstände allein gewählt werden. Von ihnen werden die Mitglieder der Landwirtschaftskammern fortan in unmittelbarer und geheimer Wahl nach dem Verhältniswahlsystem gewählt. Wahlberechtigt sind im Gegenjahre zu dem ersten Gelehe auch die Frauen. Die Wahlberechtigung, die mit dem vollendeten 20. Lebensjahre eintritt, wird nicht mehr abhängig gemacht von dem jährlichen Grundsteuerertrage, sondern steht ausschließlich den Eigentümern, Nutznießern oder Wächtern land- und forstwirtschaftlich genutzter Grundstücke zu, die die Landwirtschaft im Hauptberufe ausüben, und ferner solchen, die die Landwirtschaft im Nebenberufe ausüben, wenn dies nicht überlegend zur Befriedigung des eigenen hauswirtschaftlichen Bedürfnisses geschieht. Die mittätigen Ehegatten sind den Eigentümern usw. gleichgestellt.

Das passive Wahlrecht wurde früher von einem Mindestalter von 30 Jahren abhängig gemacht. Von jetzt ab können alle wahlberechtigten Personen, die das 25. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens einem Jahr ununterbrochen im Kammerbezirke wohnen, und ehemalige Eigentümer, Nutznießer oder Wächter, die wenigstens während 15 Jahre innerhalb des Kammerbezirkes wählbar gewesen sind, Mitglieder der Landwirtschaftskammern werden.

Als Tag der Wahl hat der Landwirtschaftsminister den 27. Februar festgelegt.

## Ein frecher General

Der berühmte General von der Goltz hielt in Halle auf einer Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei einen Vortrag. Er nannte die heutige deutsche Regierung „Verräter am Vaterlande“. Im weiteren Verlauf seines Vortrages erklärte der General, daß sich demnach die ganze deutsche Jugend für das alte Preußen und Kaiserthum gegen die Forderungen der Entente und die revolutionäre Regierung vereinigen und freiwillig zu den Waffen greifen werde. Mit dem Trenchow und Goldhahn auf Kaiser und Reich schloß die Versammlung.

Der Balkenmännchen streifte sich lange Zeit des Vertrauens der Rasse-Regierung und bereitete Deutschland durch seine Ränderpolitik im Balkan große Schwierigkeiten. Sein Auftreten zeigt, wie stark sich die Reaktion in Deutschland wieder fühlte.

Freigabe des Getreides in Ungarn. Der Ministerrat beschloß, den Getreideverkehr im neuen Wirtschaftsjahr freizugeben.

## Die Sowjet-Bourgeoisie

Von Heinrich Holtzner

Heinrich Holtzner war als Vertreter eines amerikanischen Presseorgans etwa 5 Monate im bolschewistischen Rußland. Als Dichter, als Organisator in seiner Arbeiterpartei organisiert ist, als glühender Bolschewist und als eifriger Bolschewist verdient er in diesem Maße unsere Aufmerksamkeit. Da Holtzner nicht russisch kann, hat er bemerkt und nur geringe Sprachkenntnisse hat, haben seine Eindrücke natürlich nur beschränkte Bedeutung. Wir geben heute einen kleinen Auschnitt seines Reiseberichtes (nach der „Steuern Rundschau“) wieder, bemerken aber, daß Holtzner, trotzdem seine Darstellung eine wunderliche Mischung aus Wesensart und Begeisterung darstellt, mit dem jetzigen Kommunismus getrieben ist. Ob sein Bericht aus geschulten bolschewistischen Lesern Kommunisten hervortritt, ist uns aber fraglich.

Es ist unzweifelhaft, eine Schwäche des ganzen Systems, daß die Konterrevolutionäre, die sabotierenden, faulen und korrupten Elementen nicht radikal beseitigt werden können. Eine Vereinfachung des Beamtenkörpers wäre indes wohl durchführbar, und dadurch könnte eine ungeheure Schatz überflüssigen, herumlungelnden, Biene und Zoten reichenden Gelehrten aus den Aemtern entfernt werden. Sie tun ja doch nichts. Man gerät in gefundene Wut, wenn man auf sie angewiesen ist. Unserer, der nur wenige Wochen und Monate in den großen Zentren der Arbeit und Verwaltung verweilen kann, leidet Höllenqualen. Die Aemter sind in Billen oder Palästen untergebracht, die ehemals reichen Leuten gehört haben und so ziemlich an der Peripherie der Stadt gelegen sind, nur wenige im Zentrum. Telefon funktioniert nicht, oder, wenn es funktioniert, nur einseitig. Eine Maschine, d. h. ein Automobil, das einem nebst Sekretär, Uebersetzer und anderen schönen Dingen versprochen worden ist, tritt nicht in Erscheinung. Man ist also gezwungen, entweder zu Fuß zwölf Meilen zu laufen oder sich in eine Droschke zu setzen, deren Fahrer für eine Strecke wie vom Brandenburger Tor nach dem Anhalter Bahnhof 5000 Rubel verlangt und auch bekommt. Der Monatsgehalt eines Sowjetbeamten, Argies oder anderen Funktionärs macht selten mehr als diese Summe aus; daher kann sich nur ein Spekulant eine Droschke leisten; inselbesseren entzieht sich der Droschkenlenker, der früher 10—15 Kopfen für die Fahrt bekommen hat, der irdischen Gerechtigkeit.

Man hat fast ein Stehdiebstahl verabredet; mit einem Funktionär zweites, dritten oder fünften Grades; erst mit der Droschke durch die Stadt. Der Funktionär ist nicht zugegen, verweist, noch nicht ins Bureau gekommen, kommt wahrscheinlich auch nicht, hat vergessen oder — ist nicht aufgelegt.

Aber das ist es nicht, was einem die heilige Wut gegen das Beamtentum allmählich in den Nern gerinnen läßt. Es sind nicht nur die Einzelnen, auch nicht Gruppen, wie jene Chemiker im Gouvernement Wlaka, die sich an die Zentralstelle in Moskau mit dem Erlaßten gewandt haben, keine Kommunisten zu schicken, sondern Leute, die Chemie verstehen; es ist auch nicht eine Kreatur wie jene Oberärztin in dem Petersburger Gefängnis, die uns mit jadislicher Wollust in ihrem Bereich herumführte, dann mit unerbittlichem Ignorismus ihre Vorgesetzten wegen ihrer kommunistischen Gesinnung verhöhrte und uns, als wir ihr aus unserer Gesinnung kein Hehl machten, mit kalter Miene fragte: wie kann man nur?

Es kann passieren, daß einem, nachdem man in einem Amt mehr oder weniger sichere und erspöndliche Auskünfte bekommen hat und hoch beehretigt das Zimmer verläßt, ein kleines verdächtiges Laichen nachgesandt wird. Man wendet sich dann um, sieht eine Gruppe von vollkommenen unwillkürlichen Leuten, die sich soeben eine Menge Lügen aus den Fingern gezogen haben und sich jetzt den Bauch halten über die Naivität des Fremdlinges, der wirkliches Wissen vorausgesetzt hat und mit wirklichem Wissen abzuschießen vermeint. All das sind wohl Geringfügigkeiten, obwohl sie sich traurig genug anhören. Aber durch solche Unzuverlässigkeiten geschieht, was ich einmal in einer mir interessant und wertvoll dünkenden Bildungsstätte in Moskau erlebt habe. Dort war eine Reihe von Werkstätten geschlossen, einfach, weil aus Nachlässigkeit der vorgelegten Behörde die Grenzfrage der Belieferung mit Materialien durch das eine oder das andere Kommissariat, das Kommissariat für professionelle Arbeit oder das Kommissariat für Volksaufklärung ungefähr fünfviertel Jahr lang unentgeltlich nicht mehr, zieht seine Schiffe und geht seiner Wege, d. h. man geht, wenn man überhaupt noch zu gehen imstande ist.

Als ich infolge totaler Erschöpfung und des erbärmlichen Pfahlers von Moskau in einer Nacht auf der Straße hingefallen war und mir Knie und Ellenbogen blutig geschlagen hatte, war ich gezwungen, mich nach einem Stod oder irgendeiner Straße umzusehen. Der normale Weg wäre gewesen, ein Gesuch an die mir übergeordnete Behörde, das Auswärtige Amt, einzureichen und zu begründen, weshalb ich einen Stod benötige. Dieser Instanzenweg hätte, wenn es an den städtischen Verteilungsstellen wirklich so etwas wie einen Stod gegeben hätte, was man mir aber sofort verneinte, ungefähr zwei Wochen gedauert. Ebenso die Besorgung von Amts wegen meines zweiten Paars total durchgelaufener Stiefel. Ich zog es vor, auf den Markt zu gehen, wo aber keine Stöße, sondern nur Beleg zu haben waren. Ein Beleg kostete 12 000 Rubel. Ich hätte

den Besenfel entzwei fügen müssen, und er wäre nur eine notdürftige Stöße gewesen. Infolgedessen brach ich von meinem Regenschirm das untere Holz ab und ging so mit einer etwas breiteren Basis wochenlang in Rußland spazieren.

Das soll nun aus dieser maßlosen Zentralisation, aus diesem weiter und immer weiter überwachenden Beamtenkörper, d. h. diesem parasitären wilden Fleisch an dem gesunden Leib eines Arbeitervolkes werden?

Oft fuhr ich nachts aus einem Alptraum auf. Ich sah die Menschheit der Zukunft in zwei Lager gespalten. Die eine Hälfte sah in den Beamtern, die andere wartete in Vorzimmern.

Die ganze Entwicklung der Politik kam mir so vor: die in den Vorzimmern streben danach, selbst die Nacht an sich zu reißen, d. h. drin in den Amtszimmern zu sitzen, damit jene, die jetzt im Amt saßen, sich draußen in den Vorzimmern in Reihen stellen müßten.

Und dann dachte ich an meinen Lieblingschriftsteller William Morris und mein Lieblingsbuch „Märchen von Kirgenbow“. An die wunderbare Utopie, die vor Morris schon Fourier geträumt hat, von dem Schmetterlingstrieb im Menschen, dem Trieb, sich nicht in einer einzigen Beschäftigung zu verknöchern, sein Spezialist zu sein, sondern aus dem Leben an Abwechslungsmöglichkeiten als das herauszuschlagen, was es enthält und freiwillig hergibt, ohne gezwungen zu werden, wenn die Menschen sich nur ein bißchen helfen wollen, statt sich zu unterdrücken. Ich dachte an die „kleinen Herden“, die Kinder, die so gern im Schmutz wühlen, die daher in der Gesellschaft der Zukunft die Kloaken reinigen werden. Welche Menschenklasse wird in der Gesellschaft der Zukunft die Aemter anfüllen? Gibt es denn Menschen, die das Brot des Bureaulebens aus anderen Gründen als aus der absoluten Notwendigkeit, zu leben, als aus dem Trieb, dem Reichtum zu leben, das Leben so sauer wie möglich zu machen, an sich nehmen?

Weltsche Schulkonferenz in Herne. Am 9. Januar fand in Herne eine weltliche Schulkonferenz statt, die vom Bund freier Schulgesellschaften einberufen war und eine machtvolle Kundgebung für den Gedanken der weltlichen Schule darstellte, der im rheinisch-westfälischen Industriebezirk mehr und mehr an Boden gewinnt. Aus der Kreisstadt Herne mit ihren zwei Klassen weltlicher Schule sind innerhalb eines halben Jahres in Herne 13 Klassen, in Eiderfeld 54 Klassen, ein System in Anner, eins in Schüren geworden und zum 1. April 1921 treten 9 neue weltliche Schulen ins Leben. In Anner für die Schulen fehlt es nicht, wohl aber an Lehrkräften, sonst hätte z. B. Eiderfeld heute schon 67 Klassen! Als Delegierte waren etwa 200 Lehrer und Eltern, diese als Mitglieder der freien Schulgemeinbe, erschienen. Lehrer Michel, Leiter der weltlichen Schule in Herne, eröffnete die Konferenz. Die Ortsgruppe Berlin des



